

Thema: Attac

Autor: Canaval, Veronika

„Die Menschen sind zornig und wütend“

Banken. Attac-Mitbegründerin Karin Küblböck fordert im SN-Interview eine Bankensteuer. Die Politik tut ihrer Meinung nach zu wenig, um die Banken in die Schranken zu weisen.

VERONIKA CANAVAL

SN: Die Banken wehren sich gegen eine Bankensteuer mit dem Argument, sie zahlten in Form von Zinsen ohnehin genug für die Staatshilfe. Ist dieses Argument für Sie akzeptabel?

Küblböck: Absolut nicht. Das Bankenpaket der österreichischen Regierung war mehr als großzügig. Die 8 bzw. 9,3 Prozent Zinsen, die Banken auf das Partizipationskapital zahlen, sind sehr wenig im Vergleich dazu, wie viel Partizipationskapital damals auf dem Markt gekostet hätte. Zweitens haben die Banken das Geld de facto ohne Auflagen bekommen. Und drittens wird das Partizipationskapital zum Nominalwert zurückgezahlt, während die Aktienkurse der Banken seitdem wieder stark gestiegen sind. Der Kurs der Erste Bank hat sich beispielsweise seit der Stützung durch den Staat fast vervierfacht. Hätte der Staat damals Aktien bekommen, hätten wir heute wesentlich weniger Budgetprobleme. Die Vermögen der Aktionäre sind durch den Staat gerettet worden, aber der hat nichts davon.

SN: Ist der Vorschlag des Bundeskanzlers, eine an der Bilanzsumme festgemachte Bankensteuer einzuführen, aus Ihrer Sicht richtig?

Küblböck: Grundsätzlich ist es eine gute Sache, wenn man die Steuer an der Bilanzsumme minus Eigenkapital minus Einlagen festmacht. Wenn man die Einlagen abzieht, fördert man das traditionelle Kommerzbankengeschäft. Man fördert damit die ursprüngliche Funktion der Banken, Einlagen hereinzunehmen und Kredite zu vergeben. Eine Bankensteuer soll einfach sein, sie soll das systemische Risiko reduzieren und sie soll Lenkungseffekte haben.

SN: Mit der von Faymann vorgeschlagenen Höhe von 0,07 Prozent der Bilanzsumme sind Sie einverstanden?

Küblböck: Man könnte diesen Satz durchaus höher ansetzen. Ich halte den Vorschlag von US-Präsident Obama von 0,15 Prozent für sehr realistisch. Obama ist ja auch kein Bankenfeind.

SN: Sehr oft wird behauptet, man brauche die Bankensteuer nicht, weil ohnehin eine Finanztransaktionssteuer kommen soll.

Küblböck: Man darf die Bankensteuer auf keinen Fall gegen die Finanztransaktionssteuer ausspielen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist enorm wichtig, die Bankensteuer muss dazukommen. Das Argument, man brauche einen weltweiten Konsens, um solche Steuern einzuführen, ist falsch. Wir könnten die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene einführen und die Bankensteuer auch nur in Österreich.

SN: Großbanken melden für 2009 Rekordgewinne, Bankmanager beziehen wieder satte Boni – hat die Finanzwirtschaft aus der Krise nicht gelernt?

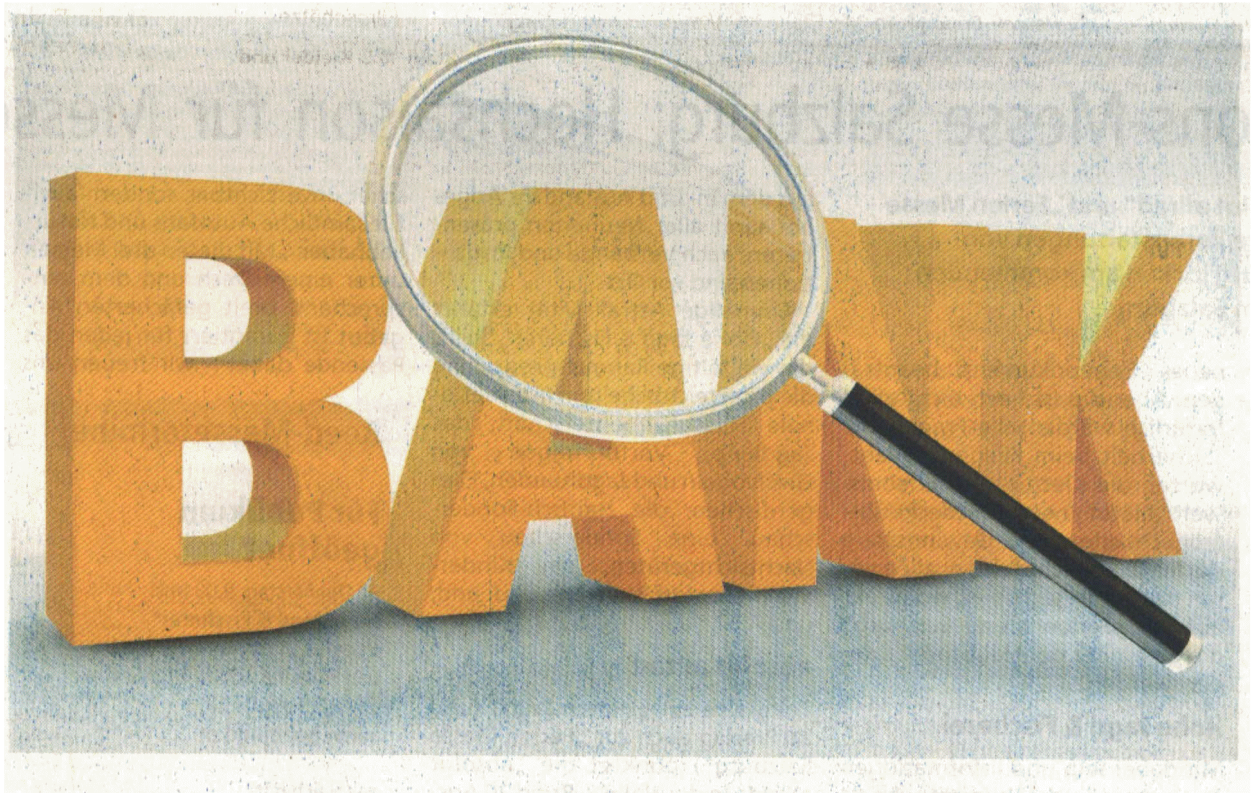
Küblböck: Die Frage muss lauten: Hat die Politik nichts aus der Krise gelernt? Das Ziel der Finanzaktive ist, möglichst hohe Gewinne zu machen. Die Politik hat in den letzten Jahren durch Deregulierungen die Voraussetzungen dafür geschaffen. Auf der einen Seite lassen sich die Banken helfen und bekommen günstiges Geld, auf der anderen Seite machen sie weiter wie bisher. Hier müsste man sofort eingreifen und das radikal beschränken.

SN: Sind Sie zuversichtlich, dass die Politik noch handeln wird?

Küblböck: Ich glaube, die Gefahr ist groß, dass es der Lobbymaschine gelingt, geplante Reformen wieder zu verwässern. Zwar passiert im Hintergrund einiges, vor allem was die Eigenkapitalvorschriften betrifft, aber das ist zu wenig. Die Frage ist, ob sich die Politik so wenig an der öffentlichen Meinung orientieren kann. Die Menschen sind wütend, weil sie wissen, dass die Krise nicht von ihnen ausgelöst worden ist, sie aber trotzdem dafür bezahlen müssen. Die Wut und die Empörung nehmen zu und damit auch die Politikverdrossenheit. Das wird leider Auswirkungen in einem Rechtsruck haben.

Thema: Attac

Autor: Canaval, Veronika



SN: Attac ist Mitherausgeber eines Buchs über die „Mythen der Krise“.

Einer dieser Mythen lautet: Österreichs Banken waren immer solid aufgestellt und wurden unschuldig zum Opfer der Krise. Wieso ist das ein Mythos?

Küblböck: Wenn die österreichischen Banken sagen, die Krise sei nur von den US-amerikanischen Banken ausgelöst worden und sie selbst seien unschuldig, dann stimmt das einfach nicht. Auch in



„Der Staat hätte Miteigentümer der Banken werden müssen.“

Karin Küblböck, Attac-Expertin

Österreich sind die Bilanzsummen der Banken in den letzten Jahren exorbitant angestiegen, es wurden sehr spekulative Geschäfte getätigt und insbesondere in Osteuropa in einem großen Ausmaß hochriskante Fremdwährungskredite vergeben. Österreichs Banken haben bei diesem Kasino mitgespielt

– in vollem Bewusstsein, dass sie gerettet werden.

SN: Als Mythos wird in dem Buch auch der Satz aufgeführt: Zur Bankenrettung hat es keine Alternative gegeben. Hätte es denn aus Ihrer Sicht Alternativen gegeben?

Küblböck: Man musste bei den Systembanken eingreifen und einen Zusammenbruch verhindern. Aber man hätte diese Hilfen mit viel strengeren Auflagen verknüpfen müssen. Der Staat hätte ein Miteigentum an den Banken bekommen müssen. Beim Partizipationskapital hat er kein Mitspracherecht und profitiert nicht vom Gewinn. Außerdem hätte man die Verkleinerung der Banken auf eine nicht systemrelevante Größe durchführen müssen, denn auch in Österreich sind die Banken zu groß geworden. In die Zielsetzungen der Banken hätte man ebenfalls stärker eingreifen müssen.

Thema: Attac

Autor: Canaval, Veronika

SN: Der Staat muss Geld auftreiben, um die Kosten der Krise zu bewältigen, eine Möglichkeit wäre die Besteuerung von Vermögen. Das Gegenargument lautet: Eine Besteuerung wäre kontraproduktiv, da sie mehr Nach- als Vorteile hätte. Auch ein Mythos der Krise?

Küblböck: Dieses Argument stimmt überhaupt nicht. Die Vermögen in Österreich sind in den letzten Jahren extrem angewachsen. Dort, wo am meisten Geld verdient worden ist, hat sich das Geld am meisten der Besteuerung entzogen. Die Debatte um die Leistungsträger und ihre hohe Besteuerung ist lächerlich. Eine Frau verdient in Österreich durchschnittlich 1000 Euro netto im Monat und arbeitet nebenbei noch gratis in der Familie. Das sind die Leistungsträger in diesem Land. Jene, die ihr Geld durch Vermögenszuwächse lukrieren und mit spekulativen Anlagen die Wirtschaft destabilisieren, leisten gar nichts. Wenn man die Leistungsträger belohnen will, muss man die Vermögen besteuern.

Das Buch „Mythen der Krise“, herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen in Österreich (BEIGEWUM) und von Attac Österreich, ist im VSA Verlag erschienen (ISBN 978-3-80065-373-1) und kostet 10,80 Euro.